

Antrag

der Abgeordneten Dr. Lukas Köhler, Frank Sitta, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Sandra Bubendorfer-Licht, Carl-Julius Cronenberg, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Markus Herbrand, Katja Hessel, Dr. Gero Clemens Hocker, Dr. Christoph Hoffmann, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Dr. Christian Jung, Karsten Klein, Pascal Kober, Carina Konrad, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Till Mansmann, Alexander Müller, Dr. Martin Neumann, Matthias Seestern-Pauly, Judith Skudelny, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Linda Teuteberg, Michael Theurer, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Gerald Ullrich und der Fraktion der FDP

Transatlantische Klimaschutzkooperation als Startschuss für ein globales Emissionshandelssystem

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika Joe Biden hat eine Rückkehr des Landes an den Verhandlungstisch des Pariser Abkommens angekündigt. Schon bei ersten Gesprächen mit der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron bekundete er seine Bereitschaft an Kooperationen auf Gebieten gemeinsamen Interesses, zu der er explizit auch den Kampf gegen die Bedrohungen des Klimawandels zählt. Auf einem virtuellen Klimagipfel am 22. und 23. April 2021 beabsichtigt die USA diese Absicht noch einmal zu bekräftigen, sich zu einem ambitionierten Klimaschutzziel zu bekennen und erste Schritte zu einer Umsetzung zu skizzieren. Damit besteht die Chance, dass der weltweit zweitgrößte Treibhausgasemittent und das Land mit den höchsten Pro-Kopf-Emissionen wieder zu einem verlässlichen Partner im Kampf gegen den globalen Klimawandel wird und seinen Beitrag zur Dekarbonisierung der Wirtschaft leistet. Deutschland und Europa haben ein vitales Interesse, die transatlantische Klimaschutzkooperation zu verstärken und zum Erfolg zu führen, allein um einen nochmaligen Rückfall in die amerikanische Blockadehaltung in der internationalen Klimapolitik zu verhindern.

Zudem sind die Potentiale der Treibhausgasreduktion in den USA enorm. Gleichzeitig verfügt das Land über eine leistungsfähige und innovative Wirtschaft, deren Beitrag zur Entwicklung klimaschonender Technologien nicht zu unterschätzen ist. Eine enge Kooperation mit den USA ist eine wichtige Voraussetzung für das Erreichen des Pariser Klimaschutzziels, die globale Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad, möglichst sogar 1,5°C gegenüber vorindustriellen Werten zu begrenzen. Die enge Kooperation mit den USA wäre aber auch ein wichtiges Signal für Länder wie Brasilien, die sich an der Verweigerungshaltung der von Trump geführten US-Regierung gegenüber dem Pariser Klimaschutzabkommen orientierten, ebenfalls wieder eine aktive Rolle im internationalen Klimaschutz einzunehmen. Generell gilt, je intensiver die entwickelten Industrieländer im Klimaschutz kooperieren und damit die Effizienzpotentiale globaler Klimaschutzinstrumente demonstrieren, umso attraktiver wird auch für die wirtschaftlich aufstrebenden Länder des Globalen Südens ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz.

Darüber hinaus sind die USA der ideale Partner für die Stärkung der Marktmechanismen in der internationalen Klimapolitik, wie sie mit Artikel 6 des Pariser Abkommens vorgesehen wurde. Eine Möglichkeit ist, direkte bilaterale Kooperation zu vereinbaren, durch die in einem Land erbrachte Emissionsminderungen in ein anderes Land übertragen werden, um sie dort auf die Klimaschutzverpflichtungen anzurechnen. Idealerweise lässt sich dies durch ein internationales Emissionshandelssystem (ETS) erreichen. Mit einem solchen System werden die beteiligten Wirtschaftsbereiche unter die Glocke eines gemeinsamen Treibhausgasminderungsziels genommen, wobei durch den Handel mit verbrieften Emissionsrechten eine kostenminimale THG-Reduktion erreicht wird. Hierfür bieten sich in den USA verschiedene Ansatzpunkte. Zum einen besteht mit dem California Cap-and-Trade-Program ein bewährtes regionales Emissionshandelssystem, in dessen Geltungsbereich bereits heute 80 Prozent aller THG-Emissionen Kaliforniens fallen. Des Weiteren unterliegt die Elektrizitätswirtschaft des Bundesstaats Massachusetts seit 2018 einem Emissionshandelssystem. In mehreren anderen amerikanischen Bundesstaaten wie North Carolina, Virginia und Oregon gibt es konkrete Überlegungen, Emissionshandelssysteme einzuführen. Eine Verknüpfung mit dem EU-Emissionshandel wäre prinzipiell möglich.

Für eine möglichst bruchlose Integration der bestehenden Systeme wäre es sinnvoll, den Umfang der einbezogenen Wirtschaftsbereiche zu vereinheitlichen. Während das California Cap-and-Trade-Program schon heute die THG-Emissionen der Brennstoffe für die Energiewirtschaft, die Industrie, das Gewerbe, den Verkehr und den Gebäudesektor umfasst, wird eine derartige Erweiterung in der EU erst für den Zeitraum nach 2030 diskutiert. Eine rasche sektorale Ausweitung des EU-ETS würde neben den Effizienzgewinnen für Europa auch die Verlinkung mit den Emissionshandelssystemen in den USA vereinfachen.

Ein derart vergrößerter Markt für THG-Emissionsrechte würde erhebliche Kostensenkungspotentiale implizieren und damit die Bereitschaft aller beteiligten Länder erhöhen, ihre Klimaschutzambitionen zu steigern. Darüber könnte die transatlantische Kooperation ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einem globalen, zumindest aber die G20-Staaten umfassenden Emissionshandelssystem sein. Die jüngsten Ankündigungen Japans, Russlands und Chinas, bis 2050, bzw. 2060 (China) klimaneutral sein zu wollen, öffnen auch in dieser Hinsicht die Türen für entsprechende Verhandlungen, zumal China sich ohnehin bereits in der Implementierungsphase eines eigenen Emissionshandels befindet.

Je mehr Emittenten in einen solchen Handel einbezogen werden, umso mehr Möglichkeiten zur THG-Vermeidung können genutzt werden. Zudem sinkt die Gefahr des Carbon Leakage durch eine Verdrängung energieintensiver Industrien in Länder ohne effektive Klimaschutzmaßnahmen, weil die Klimashutzkosten sinken und sich gleichzeitig die Verfügbarkeit unregulierter Standorte reduziert. Die von einem erweiterten

Emissionshandel ausgehenden Marktanreize sind der Motor für Innovationen und Investitionen, die für Anbieter von Klimaschutztechnologien große Marktchancen bedeuten. Auch Deutschland sollte hier mit seiner fortschrittlicher Energie- und Klimaschutztechnik ganz vorn mitspielen. Angesichts des aktuellen Handlungsdrucks bei der Realisierung der Pariser Klimaschutzziele sollten diese mit einer möglichen klimapolitischen Wende in den USA verbundenen Chancen unbedingt genutzt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich aktiv für einen gemeinsamen grenzüberschreitenden Handel mit Treibhausgas-Emissionszertifikaten zu engagieren;
2. sich aktiv dafür einzusetzen, den EU-Emissionshandel so schnell wie möglich auf weitere Wirtschaftsbereiche auszuweiten;
3. sich für intensive Gespräche zwischen der EU und der US-Administration einzusetzen, deren Ziel die möglichst schnelle Umsetzung eines transatlantischen Emissionshandelssystems ist;
4. die gegenseitige Anerkennung von Zertifikaten unterschiedlicher Emissionshandelssysteme zu unterstützen;
5. einheitliche Mechanismen für ein gemeinsames Kontroll- und Sanktionssystem zu entwickeln und in Einklang mit den Erfordernissen des Pariser Klimaabkommens zu bringen;
6. sich an der Entwicklung eines Anreizsystems aktiv zu beteiligen, das zukünftig weitere Vertragsstaaten motiviert, sich an einem internationalen Emissionshandelssystem zu beteiligen.

Berlin, den 19. April 2021

Christian Lindner und Fraktion

